

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

FESTSETZUNGEN NACH § 9 B. BAUG.

6.1. BAUWEISE:
6.1.1. offen.

6.2. MINDESTGRÖSSE DER BAUGRÜNDFLÄCHE:
6.2.1. bei geplanten Einbaugrundrissen = 100 qm.
6.2.2. bei geplanten Doppelhausgrundrissen = 900 qm.

6.3. EINRICHTUNG:
6.3.1. Die einstrahlige Fährichtung verläuft parallel zum Mittelstrich der Zeilen unter Ziffer 2.1.17 und Ziffer 2.1.16.

ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN NACH ART. 107 BAY. B. O.

6.4. EINFRIEDRUNGEN:
6.4.1. Einfriedungen für die planlichen Festsetzungen der Ziffer 2.1.17. und Ziffer 2.1.16.
Art: Holzbohlen-, Maschendraht- oder Mischbauart mit Höhenanpassung an bodenständigen Arten.
Höhe: Über Straßen- bzw. Geländegrenze höchstens 1,20 m.
Inhalt: und Mischbauart.
Anfertigung: Oberflächenbehandlung: Reines Holzspanpräparat ohne deckenden Farbansatz. Zaunanker vor Zaunposten durchlaufend. Zaunposten 10 cm niedriger als Zaunanker.
Sozialhöhe: Höhen 20 cm über Geländegrenze.
Fächer für Gartentüren und Tore sind zulässig in Mauerwerk verputzt, glatten Seiten oder in Stahlblech.
Mischbauart: Vertikales Maschendraht mit Stahlrohr- oder T-Eisenbohlen. Höhenanpassung an bodenständigen Arten. Die Flecken sind im Schnitt auf Zaunhöhe zu halten.
Die Vegetation ist gärtnerisch anzulegen und im gepflegten Zustand zu halten. Bei parallel zum Hang verlaufenden Wohnstraßen können an den Begleitseiten ab Einfriedung Stützmauern in Notsteinen bis zu einer Höhe von maximal 0,40 m, mit aufgesetztem Zaun insgesamt nicht über 1,30 m, errichtet werden. Die Höhe ist im Schnitt auf Zaunhöhe zu halten.

6.5. GARAGEN UND NEBENGEBÄUDE:
6.5.1. Garagen und Nebengebäude sind dem Hauptgebäude anzupassen.
Traufhöhe: Einseitig nicht über 2,50 m.
Schraggaragen sind unzulässig.

6.6. GEFÄHRE:
6.6.1. Zur planlichen Festsetzung Ziffer 2.1.17.
Dachform: Satteldach 28° - 34°.
Dachdeckung: Fliesen, dunkelblau oder rot.
Dachgespenne: Unzulässig.
Aniencock: Unzulässig.
Zockelhöhe: Nicht über 0,50 m.
Geseng: Oberstand mindestens 0,30 m, nicht über 0,50 m.
Traufe: Oberstand mindestens 0,30 m, nicht über 0,60 m.
Traufhöhe: Täfelung nicht über 0,50 m ab gewachsenem Boden. Die bergseitige Traufhöhe richtet sich nach den Geländeverhältnissen.

6.6.2. Zur planlichen Festsetzung Ziffer 2.1.16.
Inwendige Gebäude: E = DG zulässig zum Ausbau für E + 1 ab Höchstgrenze. (Die Abstandsflächen nach Art. 6 Bay. B. O. und die Grundflächenzahlen sowie Geschossflächenzahlen nach § 17 Bau-NVO. sind zu beachten.)

ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN HINWEISE

14. KENNZEICHNUNGEN UND WICHTIGES ÜBERNAHMEN:

14.4.9. Grenze der Kanalnutzungsmöglichkeit.

14.11.1. Gebäude zum späteren Abbruch vorgesehen.

14.15.9. Durchgang, Durchfahrt, überdeckter Stützpunkt.

14.15.4. Querschnitt.

14.15.6. Behausungsgrenze, oberirdische Zone.

14.13.9. Wasserversorgungsleitung.

14.14.6. Teilung der Grundstücke im Rahmen einer geordneten baulichen Entwicklung (neu zu vermeiden).

14.15.1. 6,0 m Maßstab.

14.16.1. Grundstücknummerierung.

15. KARTENZEICHEN FÜR DIE PÄYERISCHEN FLURARTEN:

15.1. **FESTSETZUNG** erfüllt.

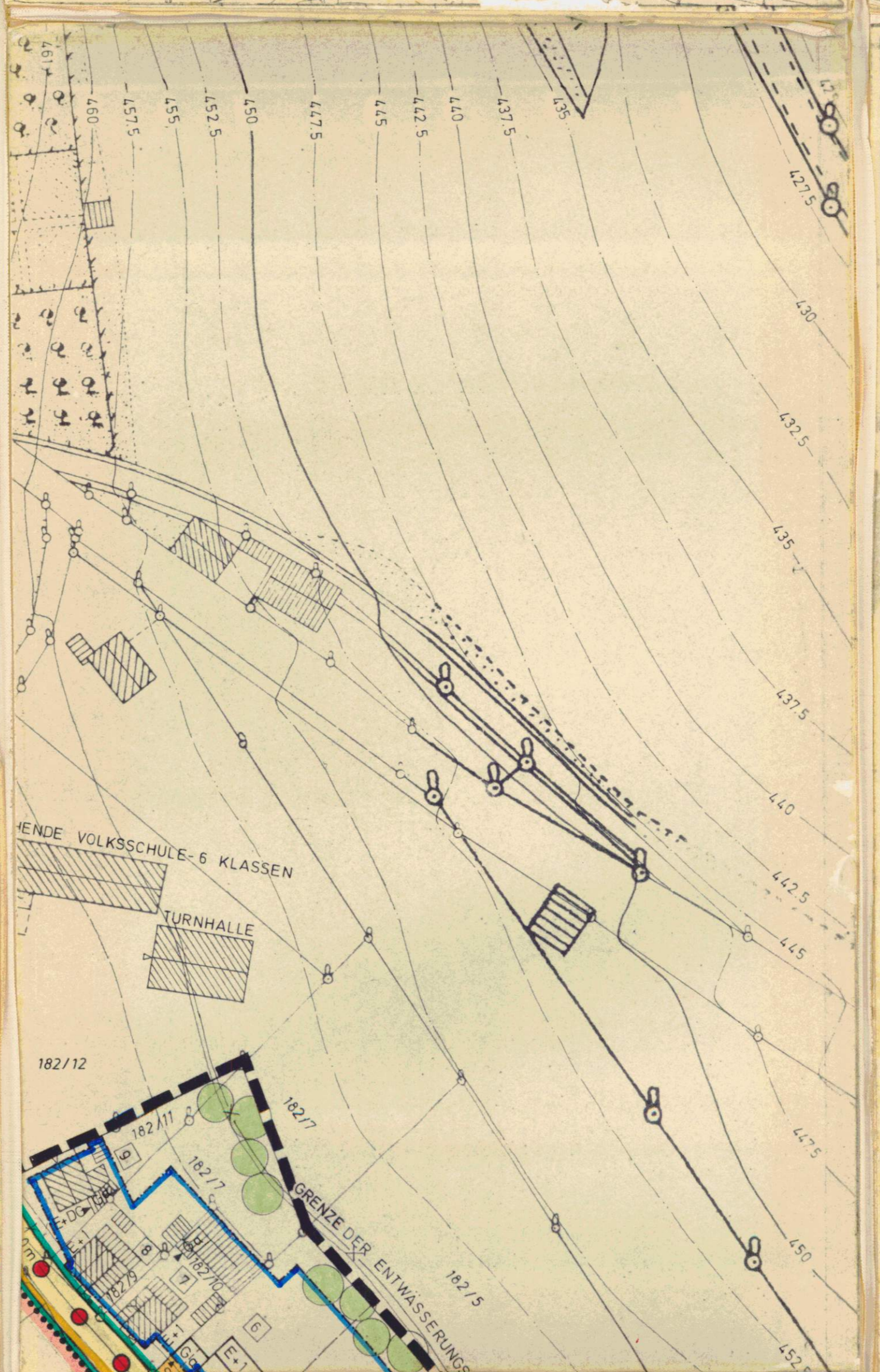
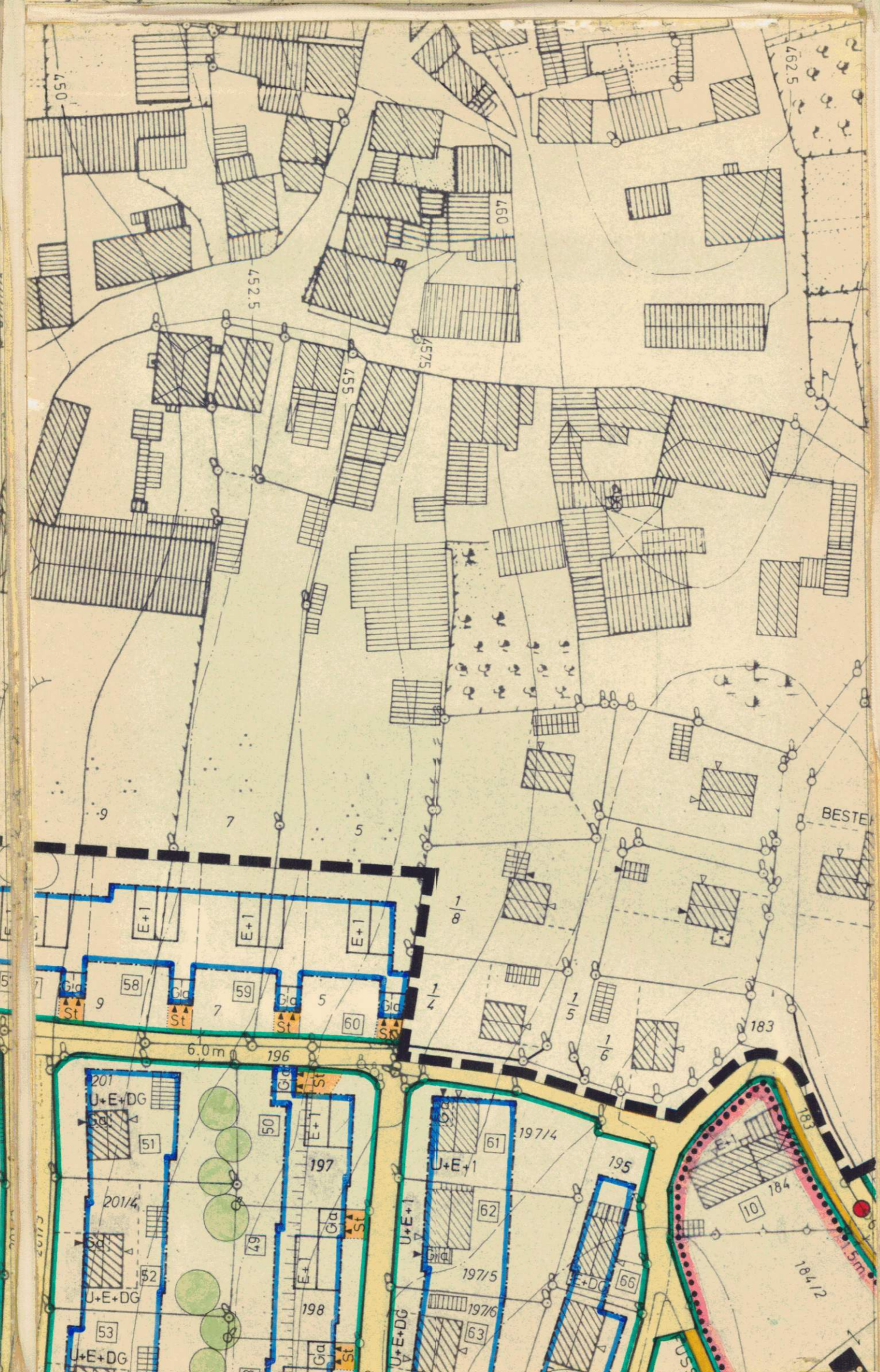
15.2. **GRENZPUNKT UND GRENZE**.

15.2.1. Grenzlinie.

15.2.2. Grenzpunkt.

15.2.4. Flurstücksgrenze, Uferlinie.

15.2.5. Nutzungsgrenze, Fahrbahnbegrenzung (Gartenside).



ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG:

1.1. **WA** Allgemeine Wohngebiete § 4 Bau-NVO, Abs. 1 - 3.

1.2. **MI** Mischgebiete § 6 Bau-NVO, Abs. 1 und 2.

1.3. **MD** Dorfgebiete § 8 Bau-NVO, Absatz 1 und 2.

1.4. **GEWERLICHE BAUFLÄCHEN** erfüllt.

1.5. **SONDERBAUFLÄCHEN** erfüllt.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:

2.1. **E+1** Ab Höchstgrenze: a) Erdgeschoss und 1. Geschoss, b) oder abnormale Umfassung und Erdgeschoss (Ganghaus).
Für a) und b) darf die Traufhöhe zulässig gemessen ab gewachsenem Boden 0,50 m nicht übersteigen. Dachgeschossbau unzulässig.
Bei WA und MI: $GFZ \leq 0,4$ $GFZ \leq 0,2$
Bestehende Gebäude: Gut entsprechender Geschosshöhe + DG, zulässig zum Ausbau für E + 1 ab Höchstgrenze.

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN:

3.1. Baugrenze.

3.2. **BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF:**

3.2.1. Schule.

3.2.2. Kindertagesstätte.

3.3. **FLÄCHEN FÜR DEN ÜBERörtlichen VERKEHR UND FÜR DIE örtlichen HAUPTVERKEHRSLINIEN:**

3.3.1. Örtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen.

3.3.2. Verkehrsfläche: Innerhalb der Sichtweite darf die Sicht ab 1,0 m über Straßenebene durch nicht behindert werden.

3.4. **VERKEHRSLINIEN:**

3.4.1. Straßenverkehrsflächen.

3.4.2. Gelände- und öffentliche Fußwege.

3.4.3. Öffentliche Parkflächen.

3.4.4. Straßengrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen.

ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN HINWEISE

15. BAUWEISE:

15.1. Wohngebäude (örtlich - Fährichtung).

15.2. Wirtschaft- und gewerbliche Gebäude (Nebengebäude, örtlich - Fährichtung).

15.3. Überdeckter Hofraum (Lichtluft). Offene Halle.

15.4. **STRASSEN UND WEGE:**

15.4.1. Abgetrennter Weg.

15.4.2. Nicht abgetrennter Weg.

15.5. **GEWÄSSER:** erfüllt.

15.6. **NUTZUNGSGARTEN:**

15.6.1. **KARTENZEICHEN:** Acker, Grünland, Hofraum, Weg, feiner Platz, Lagerplatz, usw.

15.6.2. Acker mit Obstbäumen.

15.7. **TOPOGRAPHISCHE GEGENSTÄNDE:** erfüllt.

15.8. **VERSCHIEDENES:**

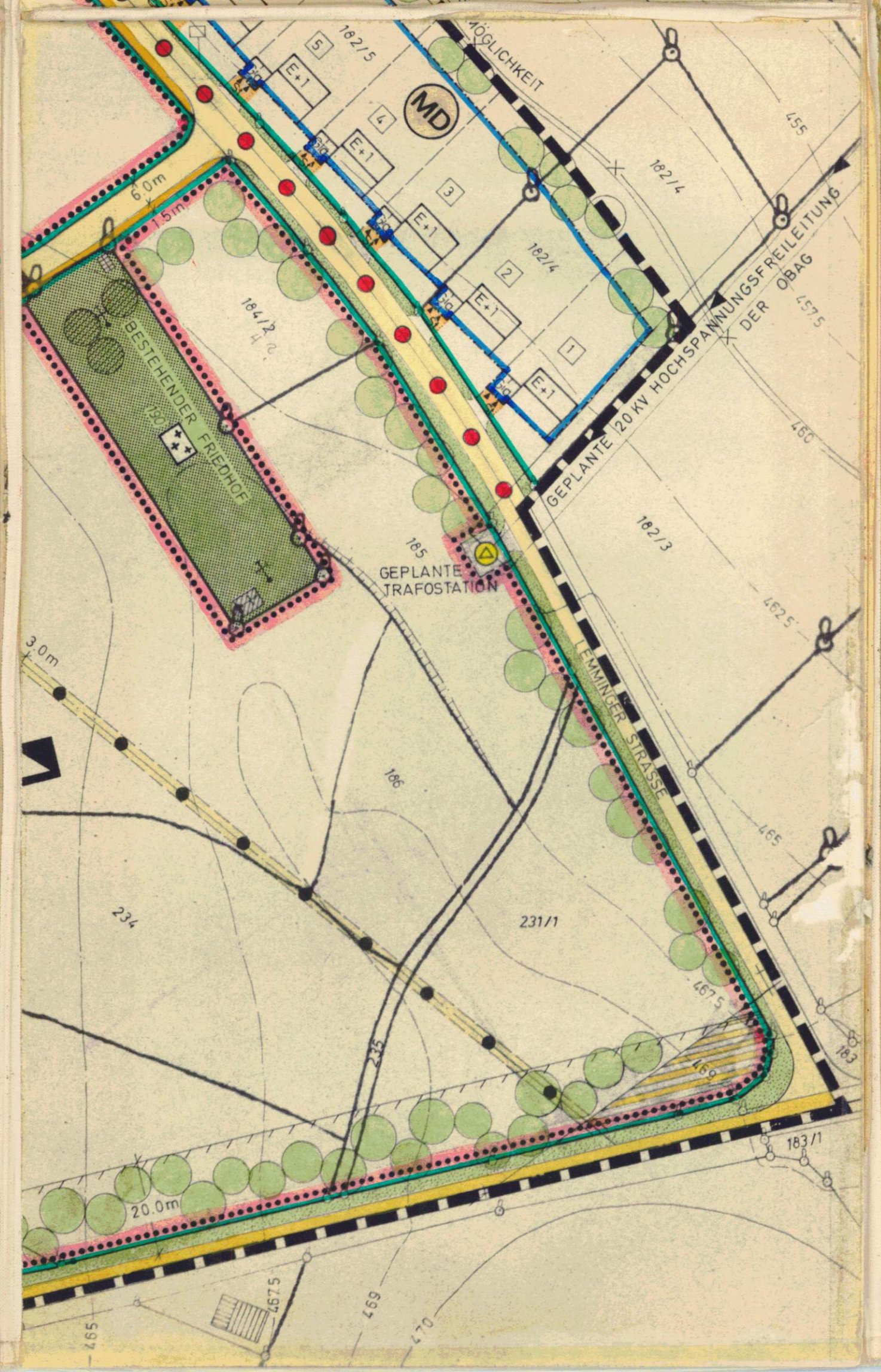
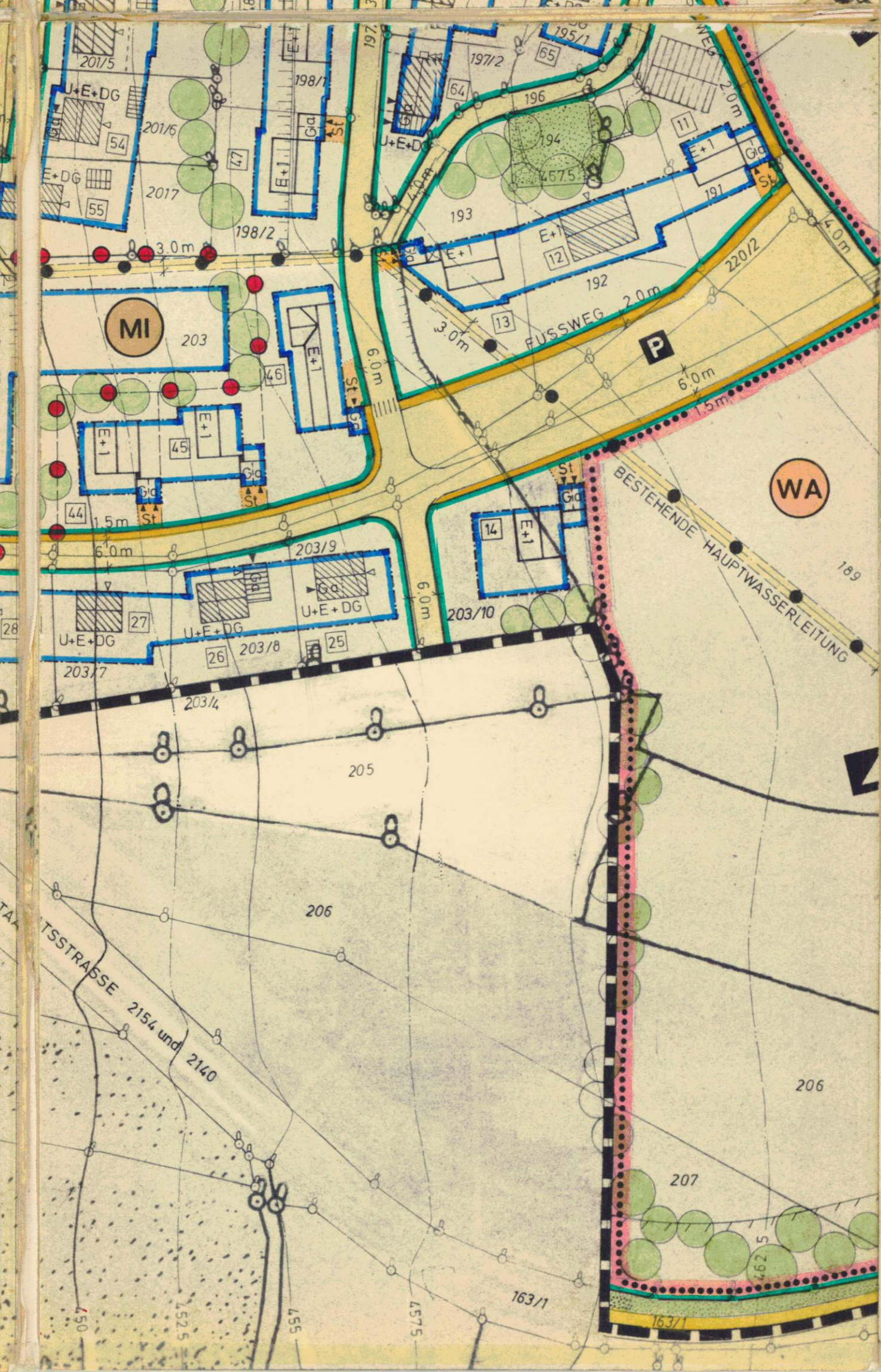
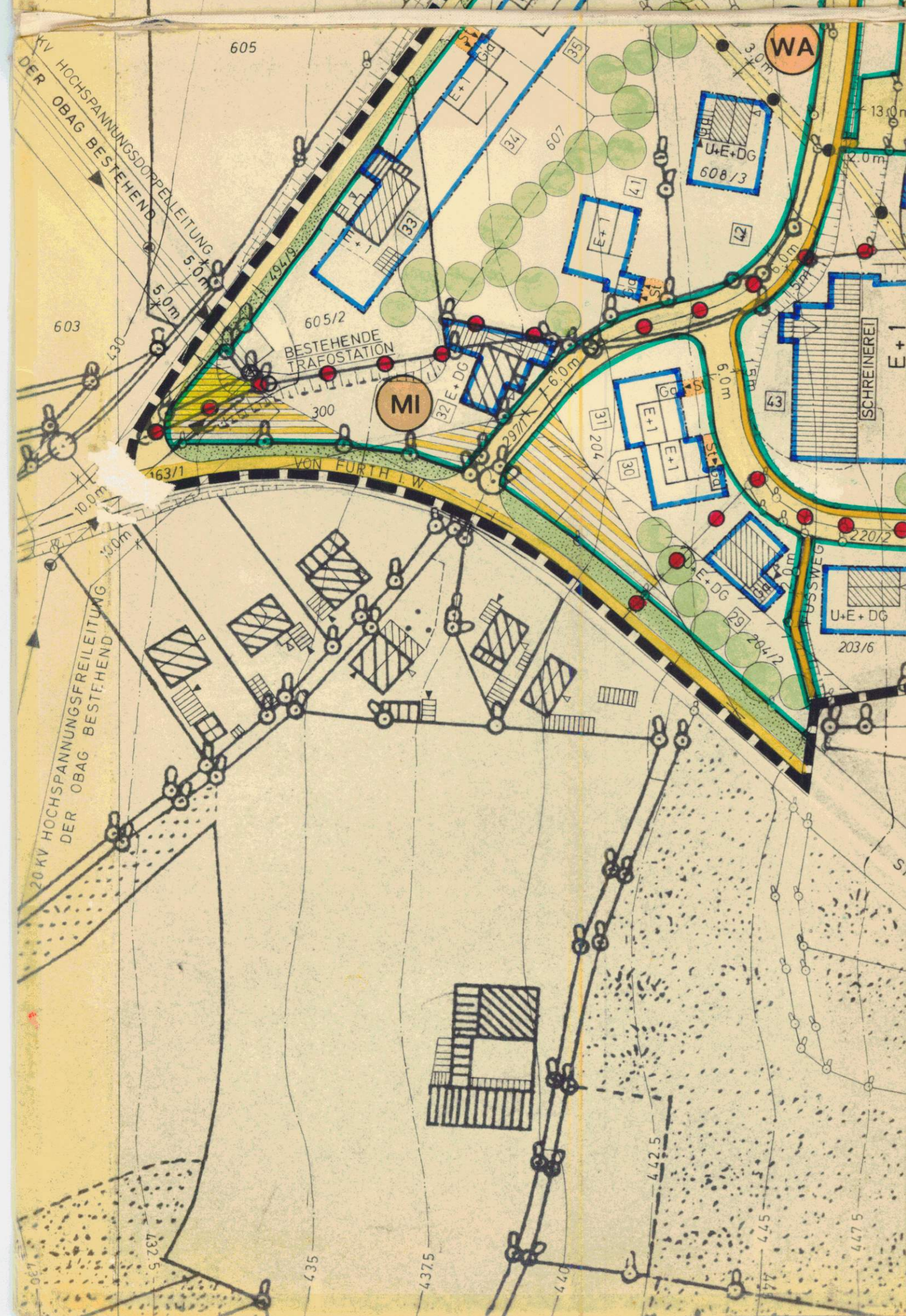
15.8.1. 30 m Höhenlinie.

15.8.2. 10 m Höhenlinie.

15.8.3. 5 m Höhenlinie.

15.8.4. 0,5 m Höhenlinie.

15.9. 203 Flurstücknummern.



ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN FESTSETZUNGEN

1. **FLÄCHEN FÜR VERORDNUNGSANLAGEN ODER FÜR DIE VERWERTUNG ODER BEREITUNG VON ABWASSER ODER FESTEN ABFALLSTOFFEN:**

1.1. Umformstation.

2. **LEITUNG ÜBERörtlicher VERSORGNUNGSANLAGEN UND LEITUNGEN:**

2.1. Hochspannungsleitung mit Spannung und Schutzzone.

3. **GRÜNFLÄCHEN:**

3.1. Friedhof.

3.2. Öffentliche Grünfläche.

3.3. Bestehender und zu erhaltender Buch- und Baumbestand.

3.4. Neu zu pflanzende Bäume und Sträucher (bodenständige Arten).

4. **WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT:** erfüllt.

5. **FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN ODER FÜR DIE GEBIRGUNG VON BODENSCHÄTZEN:** erfüllt.

6. **FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT:** erfüllt.

7. **SONSTIGE FESTSETZUNGEN:**

7.1. Flächen für private Stellplätze, die zur Straße hin nicht abgetrennt werden dürfen.

7.2. Garagen, Zufahrt in Fährichtung.

7.3. **SCHREINEREI:** Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen.

7.4. Mit Leitungsgeräten zu behaltende Flächen.

7.5. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (z.B. von Ausgeleitetem oder Abgrenzung des Mares der Nutzung innerhalb eines Ausgeleitetem).

7.6. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

BEBAUUNGSPLAN

SCHLOSSERHÜGEL

MARKTGEMEINDE ESCHLKAM
LANDKREIS KÖTZING
REG.-BEZIRK NIEDERBAYERN

MASSTAB 1:1000

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 9 Abs. 6 BldgG vom 22.10.1966... bis 29.10.1966... im Ortsteil... öffentlich ausgestellt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 24.10.1966... ortsbillich durch Ansgang... bekanntgegeben.

ESCHLKAM, den 27.10.1966...

Der Marktgemeinde Eschlkam... hat mit Beschluß des Marktgemeinderates vom 22.10.1966 den Bebauungsplan gemäß § 10 BldgG und Art. 107 Abs. 4 Bay. B. O. als Satzung beschlossen.

ESCHLKAM, den 27.10.1966...

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 27.10.1966 bis 28.10.1966... gemäß § 10 Satz 1 BldgG... öffentlich ausgestellt. Die Genehmigung und die Auslegung sind am 27.10.1966... ortsbillich bekanntgegeben worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 10 Satz 2 BldgG rechtsverbindlich.

ESCHLKAM, den 27.10.1966...

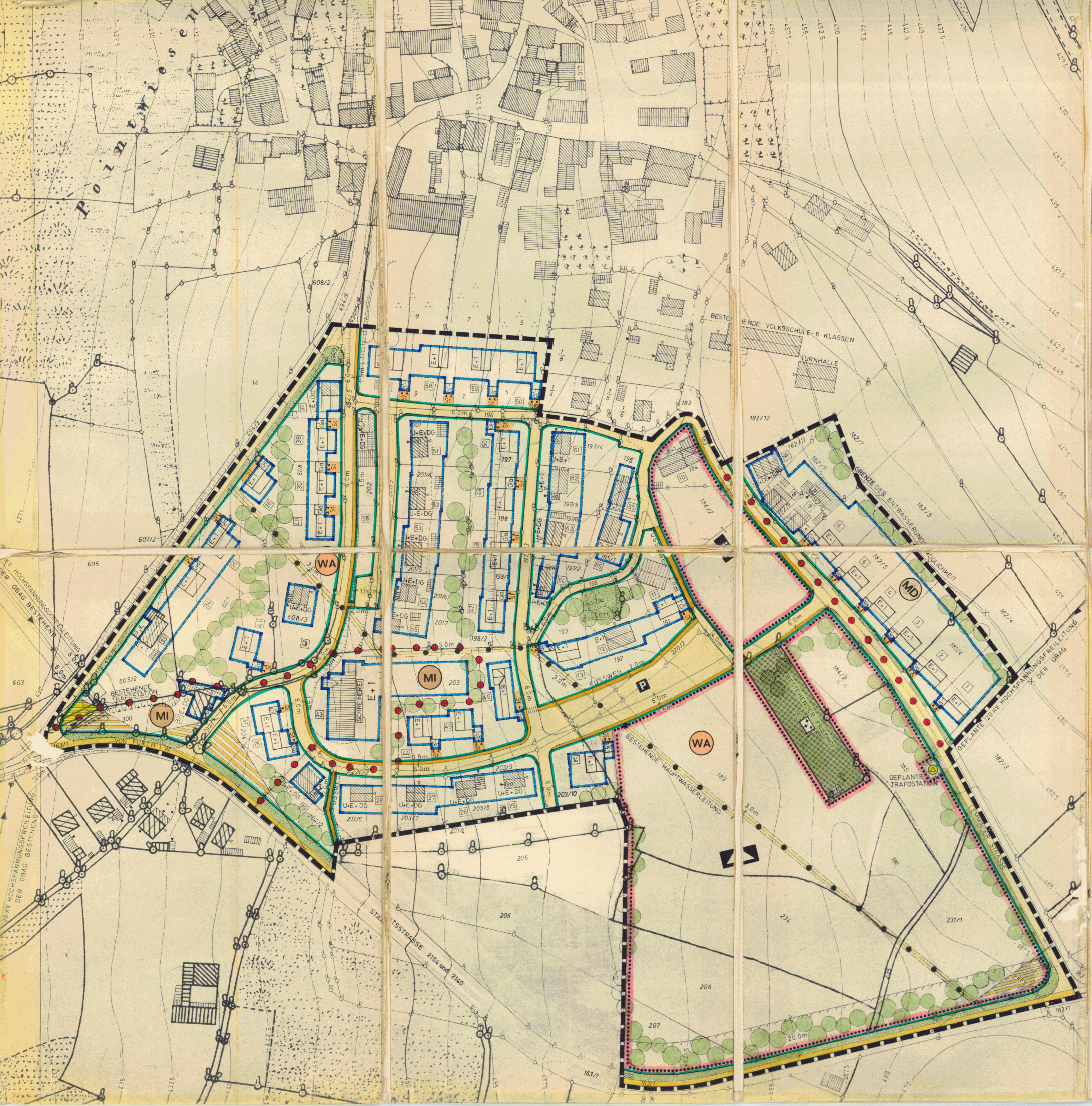
LANDSHUT DEN 25.3.1969
Hans Kriehel
ARCHITEKTURBÜRO
HANS KRITSCHEL
STÄDTBAULICHE PLANUNGEN
8300 LANDSHUT
REGENSBURGER STRASSE 4
TELEFON 0871-3459

Duplikat

Planunterlagen: Stand der Vernehmung vom Jahre 1958. Nach Angabe des Vernehmungsorgans zur genauen Mathematische nicht möglich. Fortsetzung des Bestandes am 10.7.68. (ohne amtliche Vernehmungsgenehmigung).

G E Z: 27.3.1969, 1. GEANDERT AM 16.10.69
G E P R: 26.3.1969, 2. GEANDERT NACH DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG 6.11.1969
G E S: 27.3.1969, 3.


ZEICHNUNGS-NR. 8-68-163-2




ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN FESTSETZUNGEN


ART DER BAULICHEN NUTZUNG:

1.1. WOHNBAUFLÄCHEN:

1.1.3.  Allgemeine Wohngebiete § 4 Bau-NVO, Abs. 1 - 3

1.2. GEMISCHTE BAUFLÄCHEN:

1.2.2.  Mischgebiete § 6 Bau-NVO, Abs. 1 und 2


1.2.3.  Dorfgebiete § 5 Bau-NVO, Absatz 1 und 2


1.3. GEWERBLICHE BAUFLÄCHEN:

1.4. SONDERBAUFLÄCHEN: } entfällt

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:

2.1. ZAHL DER VOLLGESCHOSSE:

2.1.1.  Als Höchstgrenze: a) Erdgeschoß und 1 Vollgeschoß,
b) oder sichtbares Untergeschoß und Erdgeschoß (Hanghaus).
Für a) und b) darf die Traufhöhe talseitig gemessen ab gewachsenem Boden 6,50 m nicht übersteigen. Dachgeschoßausbau unzulässig.

2.1.0.  Bei WA und MI: GRZ = 0,4 GFZ = 0,8
Bestehende: Gebäude (mit entsprechender Geschößzahl E + DG), zulässig zum Ausbau für E + 1 als Höchstgrenze.

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN:

3.4.  Baugrenze..

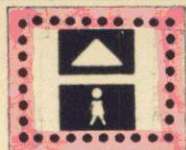
4. BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF:

4.2.



Schule.

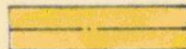
4.9.



Kindergarten.

5. FLÄCHEN FÜR DEN ÜBERÖRTLICHEN VERKEHR UND FÜR DIE ÖRTLICHEN HAUPTVERKEHRSZÜGE:

5.2.



Überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen.

5.4.



Sichtdreiecke: Innerhalb der Sichtdreiecke darf die Sicht ab 1,0 m über Straßenoberkante durch nichts behindert werden.

6. VERKEHRSLÄCHEN:

6.1.



Straßenverkehrsflächen.

6.1.1.



Gelsteige und öffentliche Fußwege.

6.2.



Öffentliche Parkflächen.

6.3.




Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen.

7. FLÄCHEN FÜR VERSÖRGUNGSANLAGEN ODER FÜR DIE VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABWASSER ODER FESTEN ABFALLSTOFFEN:


- 7.4.  Umformerstation.


8. FÜHRUNG OBERIRDISCHER VERSÖRGUNGSANLAGEN UND LEITUNGEN:

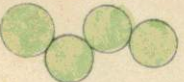
- 8.1.  Hochspannungsleitung mit Nennspannung und Schutzzone.

9. GRÜNFLÄCHEN:

- 9.4.  Friedhof.

- 9.8.  Öffentliche Grünfläche.

- 9.13.  Bestehender und zu erhaltender Busch- und Baumbestand.

- 9.15.  Neu zu pflanzende Bäume und Sträucher (bodenständige Arten).

10. WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT:
entfällt.


11. FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN ODER FÜR DIE
GEWINNUNG VON BODENSCHÄTZEN:


entfällt.

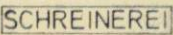
12. FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT:


entfällt.

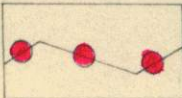
13. SONSTIGE FESTSETZUNGEN:


13.1.1.  Flächen für private Stellplätze, die zur Straße hin nicht abgezäunt werden dürfen.

13.1.5.  Garagen, Zufahrt in Pfeilrichtung.

13.2.  Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen.

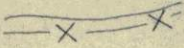
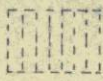


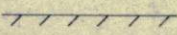

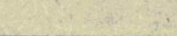
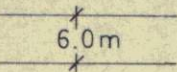

13.3.  Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen.

13.5.  Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
(z. B. von Baugebieten oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes).

13.6.  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN HINWEISE

14. KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN:



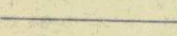
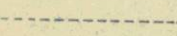
- 14.4.3.  Grenze der Kanalisationsmöglichkeit.
- 14.11.1.  Gebäude zum späteren Abbruch vorgesehen.
- 14.12.3.  Durchgang, Durchfahrt, überdeckter Sitzplatz.
- 14.12.4.  Ortstafel.
- 14.12.5.  Bebauungsgrenze, anbaufreie Zone.
- 14.13.3.  Hauptwasserleitung.
- 14.14.8.  Teilung der Grundstücke im Rahmen einer geordneten baulichen Entwicklung (neu zu vermessen).
- 14.15.1.  Maßzahl.
- 14.16.1.  Grundstücksnumerierung.

15. KARTENZEICHEN FÜR DIE BAYERISCHEN FLURKARTEN:


15.1. FESTPUNKTE:


entfällt.


15.2. GRENZPUNKTE UND GRENZEN:

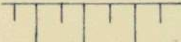
- 15.2.1.  Grenzstein.
- 15.2.2.  Grenzpflock.
- 15.2.4.  Flurstücksgrenze, Uferlinie.
- 15.2.5.  Nutzungsartengrenze, Fahrbahnbegrenzung (Randstein).

15.3. BAUWERKE:

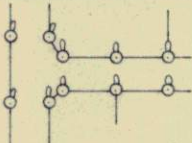
15.3.1.  Wohngebäude (Mittelstrich = Firstrichtung).


15.3.2.  Wirtschafts- und gewerbliche Gebäude (Nebengebäude, Mittelstrich = Firstrichtung).

15.3.3.  Überdeckter Hofraum (Lichthof). Offene Halle.

15.3.6.  Böschung.

15.4. STRASSEN UND WEGE:

15.4.1.  Abgemarkter Weg.

15.4.2.  Nicht abgemarkter Weg.

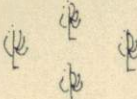
15.5. GEWÄSSER:

entfällt.

15.6. NUTZUNGSARTEN:

OHNE


15.6.1. KARTENZEICHEN Acker, Grünland, Hofraum, Weg, freier Platz, Lagerplatz, usw.

15.6.2.  Acker mit Obstbäumen.

15.7. TOPOGRAPHISCHE GEGENSTÄNDE:

entfällt.

15.8. VERSCHIEDENES:

15.8.1.  50 m
10 m Höhenlinien.
5 m

 0.5m

15.8.2. 203 Flurstücks-Nummern.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

FESTSETZUNGEN NACH § 9 B. BAU. G.

0.1. BAUWEISE:

0.1.1. offen.

0.2. MINDESTGRÖSSE DER BAUGRUNDSTÜCKE:

0.2.1. Bei geplanten Einzelhausgrundstücken = 700 qm.

0.2.2. Bei geplanten Doppelhausgrundstücken = 950 qm.

0.3. FIRSTRICHTUNG:

0.3.1. Die einzuhaltende Firstrichtung verläuft parallel zum Mittelstrich der Zeichen unter Ziffer 2.1.17 und Ziffer 2.1.60.

ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN NACH ART. 107 BAY. B. O.

0.4. EINFRIEDUNGEN:

0.4.18. Einfriedungen für die planlichen Festsetzungen der Ziffer 2.1.17. und Ziffer 2.1.60.

Art: Holzlatten--, Hanichelzaun oder Maschendrahtzaun mit Heckenhinterpflanzung aus bodenständigen Arten.

Höhe: Über Straßen- bzw. Gehsteigoberkante höchstens 1,20 m.

Ausführung: Holzlatten-- und Hanichelzaun:

Oberflächenbehandlung: Braunes Holzimprägnierungsmittel ohne deckenden Farbzusatz. Zaunfelder vor Zaunpfosten durchlaufend. Zaunpfosten 10 cm niedriger als Zaunoberkante.

Sockelhöhe: Höchstens 20 cm über Gehsteigoberkante.

Pfeiler für Gartentüren und Tore sind zulässig in Mauerwerk verputzt, glattem Beton oder in Naturstein.

Maschendrahtzaun:

Verzinkter Maschendraht mit Stahlrohr- oder T-Eisensäulen. Heckenhinterpflanzung aus bodenständigen Arten. Die Hecken sind im Schnitt auf Zaunhöhe zu halten.

Vorgärten: Die Vorgärten sind gärtnerisch anzulegen und in gepflegtem Zustand zu halten.

Stützmauern: Bei parallel zum Hang verlaufenden Wohnstraßen können an den Bergseiten als Einfriedung Stützmauern in Natursteinen bis zu einer Höhe von maximal 0,40 m, mit aufgesetztem Zaun insgesamt nicht über 1,20 m, errichtet werden. Die Hecke ist im Schnitt auf Zaunhöhe zu halten.

0.5. GARAGEN UND NEBENGEBÄUDE:

0.5.3. Garagen und Nebengebäude sind dem Hauptgebäude anzupassen.

Traufhöhe: **Einfahrtseitig** nicht über 2,50 m.

Kellergaragen sind unzulässig.

0.6. GEBÄUDE:

0.6.9. Zur planlichen Festsetzung Ziff. 2.1.17.

E+1	Dachform:	Satteldach: 28 - 34°
	Dachdeckung:	Pfannen dunkelbraun oder rot.
	Dachgauben:	Unzulässig.
	Kniestock:	Unzulässig.
	Sockelhöhe:	Nicht über: 0,50 m.
	Ortgang:	Überstand mindestens 0,30 m, nicht über 0,50 m.
	Traufe:	Überstand mindestens 0,30 m, nicht über 0,60 m.
Traufhöhe:	Talseitig nicht über 6,50 m ab gewachsenem Boden, Die bergseitige Traufhöhe richtet sich nach den Geländeverhältnissen.	

0.6.10. Zur planlichen Festsetzung Ziff. 2.1.60.

Bestehende Gebäude E + DG zulässig zum Ausbau für E + 1 als Höchstgrenze.

(Die Abstandsflächen nach Art. 6 Bay.BVO. und die Grundflächenzahlen sowie Geschosflächenzahlen nach § 17 Bau-NVO. sind zu beachten.)

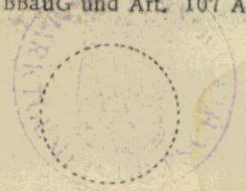
Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 12.8.1969... bis 12.9.1969...
im Ratbaus... öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 4.8.1969... ortsüblich durch
Anschlag... bekanntgemacht.



ESCHLKAM, den 27. 10. 1969

[Signature]
Bürgermeister

Die Marktgemeinde **Eschlkam**... hat mit Beschluß des Marktgemeinderates vom 11.12.69 den Bebauungsplan
gemäß § 10 BBauG und Art. 107 Abs. 4 Bay. B. O. als Satzung beschlossen.



ESCHLKAM, den 7. 1. 1970

[Signature]
Bürgermeister

Die Regierung... (Das Landratsamt **Kötzing**... hat den Bebauungsplan mit **Entscheidung**
(Verfügung) vom 16.4.1970 Nr. **L 17-610-11** gemäß § 11 BBauG (in Verbindung mit § 1 der Verordnung
vom 17. Oktober 1965, **EWB**, S. 194) genehmigt.



Kötzing, den 21.4.1970

[Signature]
(Dr. Karl)
Oberregierungsrat

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 23.4.1970 bis 25.5.1970 in **Ratbaus**... gemäß
§ 12 Satz 1 BBauG **öffentlich** ausgelegt. Die Genehmigung und die Auslegung sind am 17.4.1970... ortsüblich
... bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 2 BBauG rechtsverbindlich.



ESCHLKAM, den 1. Juni 1970

[Signature]
Bürgermeister